



# Medienmitteilung

1. Februar 2017

Treffen einer Delegation der Zentralschweizer Kantonsregierungen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Zentralschweiz vom 1. Februar 2017

---

**Anlässlich des von der Zentralschweizer Regierungskonferenz organisierten jährlichen Treffens der Kantonsregierungen mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern standen die Finanzierung und der Ausbau der Bahninfrastruktur Zentralschweiz im Vordergrund. Weiter forderten die Zentralschweizer Regierungen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu auf, sich für eine Erhöhung der Integrationspauschale des Bundes an die Kantone sowie für die Einführung einer separaten Pauschale für unbegleitete minderjährige Personen im Asylbereich einzusetzen. Zudem wurden die Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier über den aktuellen Stand der Projekte „Innovationspark Zentralschweiz“ und „Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021“ sowie über aktuelle Fragen zur „BVG-Stiftungsaufsicht“ informiert.**

Auf Einladung der Zentralschweizer Kantonsregierungen trafen sich am Mittwoch, 1. Februar 2017, zum achten Mal eine Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern. Im Zentrum des Treffens standen die Ausbauschnitte 2030/35 und damit die Finanzierung und der Ausbau der Bahninfrastruktur Zentralschweiz sowie der Durchgangsbahnhof Luzern und der Zimmerberg-Basistunnel II (ZBT II). Die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich einer Erhöhung der Integrationspauschale des Bundes und der Einführung einer separaten Pauschale für unbegleitete minderjährige Personen standen im Zentrum der Diskussionen zu Themen aus dem Asylbereich.

## **Die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur Zentralschweiz unterstützen**

Die Kantone verlangen vom Bund, dass die Planungen des Zimmerberg-Basistunnels II und des Durchgangsbahnhofs Luzern unverzüglich aufgenommen werden. Zudem sollen diese zwei Schlüsselprojekte als zu realisierende Vorhaben im Ausbauschritt 2030/35 verankert werden. „Die beiden Projekte Zimmerberg-Basistunnel II und Durchgangsbahnhof Luzern ergänzen sich und ermöglichen gemeinsam Nutzen für die gesamte Schweiz“, ist Regierungsrat Othmar Reichmuth, Präsident der Zentralschweizer Konferenz für den öffentlichen Verkehr (ZKöV), überzeugt. Für die sechs Regierungen ist klar, dass mit besonderer Dringlichkeit der Kapazitätsengpass zwischen Zürich und Zug zu beseitigen ist. Der Zimmerberg-Basistunnel II soll deshalb vollständig über den Angebotsschritt 2030/35 finanziert werden. Auch der Zuger Kantonsrat hat am 26. Januar 2017 mit der Erheblicherklärung einer Motion die Dringlichkeit des Kapazitätsausbaus bestätigt. Auch der Durchgangsbahnhof Luzern hat für die Zentralschweizer Regierungen hohe Priorität: Er ist eine aufwärtskompatible Lösung, welche die bestehenden Engpässe beseitigt und neben dem regionalen Quantensprung auch einen hohen Nutzen für die Verbindungen in die ganze Schweiz bringt. Zudem werden mit dem Durchgangsbahnhof Luzern raumplanerische und wirtschaftliche Impulse gesetzt. Eine erste Etappe

soll deshalb im Ausbauschnitt 2030/35 realisiert werden. Generell fordern die Regierungen vom Bund, Grundlagen für eine Vorfinanzierung der Projekte zu schaffen, wie es in der FABI Botschaft vorgesehen war. Für die beiden Schlüsselprojekte Zimmerberg-Basistunnel II und Durchgangsbahnhof Luzern soll die Möglichkeit der Vorfinanzierung geschaffen werden.

### **Erhöhung der Integrationspauschale und Pauschalen für UMA**

Die Integrationspauschale des Bundes muss nach Meinung der Zentralschweizer Regierungen deutlich erhöht werden. Zum einen soll die Pauschale von heute jährlich 6'000 Franken auf 20'000 Franken erhöht werden und zum anderen soll für unbegleitete Minderjährige (UMA) eine separate Pauschale eingeführt werden, die deutlich über den übrigen Pauschalen des Asylgesetzes liegt. „Die heutige Pauschale reicht gerade einmal für den Erwerb rudimentärer Sprachkenntnisse. Für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt reicht die Pauschale bei weitem nicht“, betonte Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard, Präsidentin der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK-S). Die UMAs machen heute rund 10 % des Gesamtbestandes der Asylsuchenden aus. Ihre Betreuung ist finanziell sehr aufwendig. Die deutlich gestiegenen finanziellen Aufwendungen der Kantone und Gemeinden sollen vom Bund verstärkt mitgetragen werden, wozu eine separate Pauschale eingeführt werden soll. Mit diesen Forderungen schliesst sich die Zentralschweiz der gesamtschweizerischen Tendenz an. Der Lead für die Verhandlungen liegt bei der Konferenz der Kantonsregierungen KdK.

### **Winteruniversiade, Innovationspark Zentralschweiz, USR III und NAF**

Am 5. März 2016 hat die Fédération Internationale du Sport (FISU) die Winteruniversiade 2021 an die Zentralschweiz vergeben. Die Zentralschweizer Kantone erwarten eine substanzielle finanzielle Unterstützung durch den Bund. Die Regierungen laden die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein, sich beim Bund für einen adäquaten finanziellen Beitrag einzusetzen und das Organisationskomitee im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, beispielsweise als Türöffner bei der Suche nach Sponsoren.

Nebst der Bahninfrastruktur Zentralschweiz, der Integrationspauschale im Asylbereich und der Winteruniversiade 2021 besprachen die Regierungen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern den Stand des Projekts „Innovationspark Zentralschweiz“ und aktuelle Themen zur BVG-Stiftungsaufsicht. Mit dem Innovationspark soll eine Plattform für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung im Bereich Building Excellence angeboten werden, wobei Industrie, Politik und die Hochschule ihre Stärken unter einem Dach einbringen können.

Schliesslich machte die Präsidentin der ZRK, Frau Regierungsrätin Dr. Heidi Z'graggen, nochmals deutlich, dass die Zentralschweizer Regierungen die in Kürze zur Abstimmung gelangenden Vorlagen für die Unternehmenssteuerreform III (URS III) und den Nationalen Fonds für den Agglomerationsverkehr (NAF) vorbehaltlos unterstützen.

Die ausführlichen Unterlagen zum Treffen sind auf der ZRK-Homepage ([www.zrk.ch](http://www.zrk.ch)), unter der Rubrik „Projekte“, abrufbar.

### **Kontaktpersonen:**

Corinne Troxler, Stv. Konferenzsekretärin ZRK, 041 618 79 22